

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

Telefon: 02331-207 2129

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Aktenzeichen: 03.04.2025_RAT_04

Hagen, 25.03.25

Antrag zur Tagesordnung des Rates der Stadt Hagen am 03.04.2025 gem. § 6 GeschO

Verbot von E-Scooter in Hagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Im vergangenen Jahr waren laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) rund 990.000 E-Scooter in Deutschland unterwegs. Das sind 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Rund 210.000 Leih-Roller unter anderem von Tier und Lime stehen laut aktuellen Zahlen von Statista und dem GDV zum Ausleihen an der Straße bereit.

Antrag:

Wir beantragen ein sofortiges Verbot der Leihroller in Hagen.

Begründung:

E-Scooter fluten das Straßenbild in Deutschland. Das führt zu Unfällen mit diesen Verkehrsmitteln. Besonders junge Menschen sind in solche E-Scooter-Unfälle verwickelt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren im vergangenen Jahr 41,6 % der verunglückten E-Scooter-Nutzer jünger als 25 Jahre, 80,4 % waren jünger als 45 Jahre. Dagegen gehörten nur 3,4 % der E-Scooter-Nutzer, die an einem Unfall mit Personenschaden beteiligt waren, zur Altersgruppe 65plus (siehe Statistik im Anhang).

Aber was passiert eigentlich, wenn es mal kracht?

Die gesetzlich vorgeschriebene KFZ-Haftpflichtversicherung des Anbieters deckt Schäden an Dritten beziehungsweise am Eigentum von Dritten ab, nicht aber Schäden am Scooter selbst.

Bestes Beispiel, dass das in der Praxis nicht immer so funktioniert ist ein Fahrradfahrer, der in Hagen über einen nicht ordentlich abgestellten E-Scooter stürzte. Die Reparaturkosten des Fahrrads waren erheblich, und jetzt bleibt er auf diesen Kosten sitzen.

„Wie ist die Regelung bei Unfällen mit einem E-Scooter, wo Menschen mit Behinderung, Blinde oder Menschen mit einer Sehschwäche betroffen sind. Haben auch diese Personen Pech gehabt und gehen versicherungstechnisch leer aus?“

So die Frage eines Leserbriefes aus der WP.

„Wie kann es sein, dass die Firma Lime eine Genehmigung für die vielen Leihroller bekommen hat, ohne dass diese rechtlichen Dinge geklärt worden sind,“ so heißt es weiter.

Gelsenkirchen hat im letzten Jahr als erste deutsche Stadt Leihroller verboten.

Dazu ein Auszug aus der SPIEGEL Mobilität 18. April 2024:

„Nicht selten landen die Tretroller an Orten, an die sie nicht gehören – wie in Flüssen, Büschen oder einfach quer auf dem Gehweg verteilt. Zudem ist die Lebensdauer der E-Roller offenbar gering, wie etwa das Umweltbundesamt berichtet. Auch seien sie zurzeit »kein Umweltgewinn«, da sie Studien zufolge oft den umweltfreundlicheren Fuß- und Radverkehr ersetzen.

Wo wurde bisher was gegen die Roller getan?

Vor Gelsenkirchen sind bereits mehrere Städte gegen die Verkehrsmittel mit ambivalentem Ruf vorgegangen. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) etwa hat bereits im Februar eine offizielle Empfehlung an die Branche herausgegeben, die Mitnahme von E-Tretrollern in Bussen und Bahnen zu untersagen, weil ein Risiko von Explosionen und Bränden bestünde. In London, Barcelona und Madrid sei es in ÖPNV-Fahrzeugen bereits dazu gekommen. Dies könne jederzeit auch in Deutschland passieren, hieß es weiter.

Sind weitere Verbote geplant?

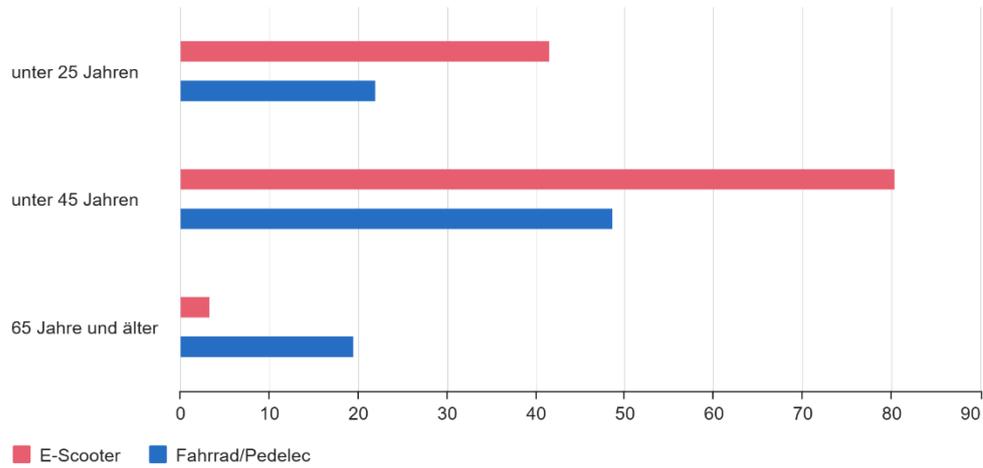
Bei mehreren weiteren Verkehrsverbänden ist das Thema auf dem Tisch, wie der ADAC berichtet hat. Der Automobilklub unterstützt demnach das E-Roller-Verbot in Bussen und Bahnen: Aus Brandschutz- und Haftungsgründen sei es nachvollziehbar, keine E-Scooter in öffentlichen Verkehrsmitteln zu erlauben. Indes können E-Scooter als Handgepäck auch weiterhin mitgeführt werden.

Ist ein komplettes Verbot an weiteren Orten geplant? Es gebe jedenfalls bereits viele Nachfragen von Kommunen, »wie wir das denn genau gemacht haben«, sagte Gelsenkirchens Stadtsprecher Martin Schulmann der Nachrichtenagentur dpa. In Paris befürwortete im vergangenen Jahr eine große Mehrheit von Abstimmungsteilnehmern ein Verbot von elektrischen Leihrollern in der französischen Hauptstadt. Im Umgang mit Mietrollern gebe es eine Art Wegwerfmentalität, kritisierte etwa Bürgermeisterin Anne Hidalgo. Zahlreiche Großstädte rund um die Welt haben die Benutzung von E-Rollern mittlerweile reguliert, einige – wie Barcelona und Montréal – haben die Benutzung ganz verboten.“

Anhang:

Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 2023

nach Altersgruppen, in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025

Mit freundlichen Grüßen

Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender

Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin